

Bezugspreis:
Hauptstadt, 20.- M., monatlich 1.- M.,
sonst 1.50 M., wochentlich 30 Pf.,
einzelne Nummern 10 Pf.,
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Rumänien 2.- M., für
das übrige Ausland 2.50 M. Post-
gebühren nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Schwätz“ und der
Beilage „Erdkunde und Reiseguten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abendspaltigen Kompositionen
kosten 1.50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.00 M. (je-
weils zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellengröße
und Schlußzeilenanzahl des ersten
Wortes 1.- M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Pf. - M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerrenungsgebühr.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Verlagsbüro, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Freitag, den 8. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Friedenskonferenz in Washington?

London, 8. April. (WTB.) Einer „Times“-Meldung zufolge wird aus Washington berichtet, daß die an die Mächte gesandte amerikanische Note als Vorläufer einer Einladung zu betrachten sei, die Präsident Harding in kurzer Zeit ergehen lassen wolle für eine Konferenz in Washington zur Regelung der internationalen Schulden, des Währungsproblems, der Reparationsfragen und anderer Hindernisse für den internationalen Handel. Deutschland, England, Frankreich, Japan und Italien würden erjucht werden, Sonderdelegierte zu entsenden. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz im Sommer stattfinden werde.

der Auffassung: a) daß die Ladungen nach dem Preise gerechnet werden müssen, den ihr letzter Eigentümer dafür bezahlt hat, einschließlich aller Kosten, Verfrachtungs- und Versicherungsprämien, b) daß der für verloren gegangene Schiffe einzustellende Wert dem Wert am Tage ihres Verlustes entsprechen muß, dieser Wert aber in keinem Falle den Wiederherstellungspreis übersteigen darf.

Die Reparationskommission ist in die Prüfung dieser Frage eingetreten und wird darüber in Kürze definitive Entscheidungen treffen.

Deutschland und die Zollgrenze am Rhein.

Aldin a. Rh., 8. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Rheinlandkommission scheint die Auffassung zu haben, daß die Reichsregierung die Beteiligung deutscher Beamter an der Durchführung der Zollgrenze verweigern will. Es werden deshalb neue Strafmassnahmen erwogen, zu denen u. a. die Ausweisung der nicht im besetzten Gebiet geborenen Beamten gehören soll. Es handelt sich hierbei jedoch einstweilen nur um Erwägungen. Mit großer Gewißheit ist auf andere harte Bedrückungen bei der ungelieblichen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen zu rechnen. Die Entente beabsichtigt die Beschlagnahme der Steuererträge im Land, der Einkünfte des fiskalischen Betriebes und die Beschlagnahme der Eisenbahn.

Die Vorgeschichte der englischen Streikkrise.

England macht gegenwärtig die schwerste innerpolitische Krise seiner neuesten Geschichte durch. Nachdem die Vermittlungskommission Lloyd Georges gescheitert ist, droht zumindest ein Streik der dem „Dreibund“ angehörenden Organisationsverbände (Bergarbeiter, Eisenbahner, Transportarbeiter), wenn nicht gar ein Generallstreik. Allein der Umfang der militärischen und sonstigen Regierungsmassnahmen zeigt, wie sehr sich die Situation zuspitzt hat. Wir wollen nun, ohne zu den Ereignissen selbst kritisch Stellung zu nehmen, ihre Entstehung und ihren Gang kurz darlegen.

Während des Krieges hatte die britische Regierung eine staatliche Kontrolle über die Kohlengruben eingeführt, die sich sowohl auf die Preisfestsetzungen, wie auch auf die Verteilung der Kohle und auf die Löhne erstreckte. Durch staatliche Zuschüsse war eine Gleichmäßigkeit der Löhne in allen Gruben des Vereinigten Königreiches ohne Rücksicht auf ihre Ertragsfähigkeit und auf die Qualität ihrer Erzeugnisse erreicht worden. Nun hob die Regierung vor einiger Zeit plötzlich diese Kontrolle auf. Die Bergwerkbefitzer aber erklärten nun, die Löhne nur noch nach Rentabilität der Gruben weiterzahlen zu können. War dieser Unterschied in Friedenszeiten bei den normalen Lebensverhältnissen noch zur Not angängig, so würde er jetzt für Zehntausende von Bergarbeitern bei der auch in England eingetretenen ungeheuren Teuerung von katastrophalen Folgen sein: die bestbezahlten Löhne würden nun kaum zur Deckung des Mindestbedarfes ausreichen, während in gewissen Gegenden die Entlohnung bis auf 50 Proz. dieses Mindestbedarfes herabsinken würde. Daher traten die Bergarbeiter in den Streik und ihre Organisation, die „Miners Federation“, beschloß nach einigen Tagen sogar, die Notstandsarbeiten einzustellen. Nun ging der Kampf hart auf hart. Die Notstandsarbeiten wurden teils von Ingenieuren und Angestellten, teils von Arbeitswilligen, teils auch von Militär weitergeführt, was zu zahlreichen Zwischenfällen und Zusammenstößen, namentlich in den sehr radikalen schottischen Gruben führte.

Da die Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter auch für die übrigen Berufskategorien indirekt eine wirtschaftliche Gefahr bildet, entstand in der englischen Arbeiterschaft eine Sympathiebewegung, die einen Solidaritätsstreik der dem „Dreibund“ angeschlossenen Organisationen in nahe Aussicht rückte. Daher die verzweifeltsten Anstrengungen Lloyd Georges, durch eine Vermittlungskommission den Bergarbeiterstreik beizulegen. Diese Aktion ist nunmehr gescheitert. Der Streik des „Dreibundes“, der einem regelrechten Generallstreik gleich käme, droht am Sonntag auszubrechen. Es wäre das erstmal, daß die mächtigen Trades-Unions diese furchtbare Waffe gegen das Kapital und gegen die Regierung anwenden würden.

Steuererklärung - Steuerabzug

Von Wilhelm Reil

Wieviel Steuer muß ich zahlen? Muß ich noch nachzahlen, weil meine Jahressteuer durch den Steuerabzug nicht völlig gedeckt ist? Oder bekomme ich etwas herausbezahlt, weil mir mehr abgezogen wurde, als ich an Jahressteuer schuldig bin?

So fragt sich jetzt, nachdem das Einkommensteuergesetz abgeändert ist und der Reichsfinanzminister alle Steuerpflichtigen, die im Jahre 1920 mehr als 10 000 M. Einkommen hatten, zur Abgabe einer Steuererklärung aufgefordert hat, der Arbeiter, der Angestellte und der Beamte. Durch eine Zusammenfassung der für die Lohn- und Gehaltsempfänger maßgebenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und durch einige praktische Beispiele soll es dem einzelnen Steuerpflichtigen erleichtert werden, sich seine Fragen selbst zu beantworten.

Die Steuer wird jeweils erhoben für das Rechnungsjahr, das am 1. April beginnt und am 31. März endigt. Sie bemittelt sich aber nach der Höhe des Einkommens des letzten Kalenderjahres. Beim Lohn- und Gehaltsempfänger, dem seit dem 1. Juli 1920 von einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 15 000 M. sofort 10 Proz. einbehalten wurde (bei höheren Einkommen 15 bis 55 Proz.), wird dieser bereits abgezogene Betrag auf die Jahressteuer angerechnet. Und zwar ist auf die Steuer des Jahres 1920 anzurechnen der bis zum 1. April 1921 einbehaltene Betrag.

Wie ist nun bei Abgabe der Steuererklärung zu verfahren? Wir nehmen an, es handle sich um Steuerpflichtige, die nur Arbeitseinkommen hatten. Einzutragen ist die Gesamtsumme des vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1920 bezogenen Lohnes und Gehalts. Eine Aufwandsentschädigung, die z. B. der fern von der Heimat tätige Monteur neben seinem regulären Lohn bekommt, die Spesen des reisenden Kaufmannes, die Diäten des Beamten für Dienstreisen, eine Aufwandsentschädigung aus einer öffentlichen Kasse (die der Schöffe, der Geschworene, das Steuerausgangsmittel, der Stadtverordnete, der Gemeinderat, der Abgeordnete usw. bekommt) bleibt dabei außer Berechnung. Ein etwaiges Arbeitseinkommen der Ehefrau ist, soweit es nicht in eigenen Betrieben des Ehemannes (Gewerbe, Landwirtschaft) gewonnen wird, nicht mit dem Einkommen des Ehemannes zusammenzurechnen, sondern genau wie das des Mannes selbständig zu veranlagern. Das Arbeitseinkommen minderjähriger Kinder ist in jedem Falle selbständig, also nicht mit dem Einkommen des Vaters oder der Mutter zu veranlagern. Der Gesamtbetrag der am Lohn oder Gehalt vorgenommenen Steuerabzüge ist zum Einkommen hinzuzurechnen, aber nur für die in das Kalenderjahr 1920 fallenden Wochen oder Monate. Denn die Höhe der Steuer berechnet sich nach dem Gesamtbetrag des Einkommens einschließlich des als Steuer abgezogenen Teils.

Abzuziehen von dem sich so ergebenden Einkommen sind die durch Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte entstehenden Kosten, sodann der Mehraufwand, der etwa dadurch entsteht, daß das Mittagessen statt im eigenen Haushalt im Speisehaus eingenommen werden muß, ferner Mehraufwendungen im Haushalt, die durch Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig werden, die Kosten etwaiger besonderer Arbeitskleider, die Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, zu Witwen-, Waisen- und Pensionen, und zwar nicht nur die Beiträge für den Steuerpflichtigen selbst, sondern auch die für seine nicht selbständig veranlagten Haushaltsangehörigen, die Beiträge zu Sterbefällen (diese bis zum Jahresbetrage von 100 M.), die Versicherungsprämien für Versicherungen auf den Todes- oder Lebensfall (bis zum Jahresbetrage von 1000 M.), die Beiträge zu Berufsvereinigungen, etwaige Beiträge an Kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige oder politische Vereinigungen (bis zur Höhe von 10 Proz. des steuerbaren Einkommens).

Der nach Vornahme dieser Abzüge verbleibende Betrag ist das „steuerbare Einkommen“. Es unterliegt ohne weitere Kürzung der Besteuerung; denn die steuerfreien Einkommensteile von 1500 M. für den Steuerpflichtigen, 500 M. für seine Ehefrau und jedes nicht selbst steuerpflichtige minderjährige Kind sind gestrichen. Die Steuer beträgt 10 Proz. des steuerbaren Einkommens, wenn das Einkommen 24 000 M. nicht übersteigt. Uebersteigt es diese Grenze, so beträgt die Steuer für die nächsten 6000 M. 20 Proz., für die folgenden 5000 M. 25 Proz. usw. Der Betrag der Steuer ermäßigt sich aber für den Steuerpflichtigen, für seine Ehefrau und für jedes nicht selbst steuerpflichtige minderjährige Kind um 120 M. Wenn das Einkommen über 60 000 M. beträgt, nur um 60 M., wenn es mehr als 100 000 M. beträgt, fällt die Ermäßigung ganz weg. Der erhöhte Betrag der Ermäßigung von 180 M. für jedes Kind gilt für das Rechnungsjahr 1920/21 noch nicht. Als Kinder gelten neben den Abstammungen auch Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abstammlinge.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Morgen wird der preussische Landtag den Ministerpräsidenten wählen, die Parteien sind also durch den nahen Termin unter Druck gestellt, sich rasch zu entscheiden. Unter diesen Umständen ist es sehr bemerkenswert, daß die „Germania“ folgendes schreibt:

Die Mängel der alten Koalition liegen zu sehr zutage, als daß darüber weiter gestritten zu werden braucht. Auch im Reich war sie im Juni noch denkbar, aber damals wollten gerade die Sozialdemokraten nichts davon wissen. Wenn sie sich heute im Gegensatz zu ihrer damaligen Stellungnahme um eine Rekonstruktion in Preußen bemühen, sehen sie selbst sich der Gefahr aus, in ihren Motiven schlicht beurteilt zu werden. Andererseits muß man in bürgerlichen Kreisen begreifen, daß auch das Beispiel der Minderheitsregierung im Reich für Preußen nicht losporbar ist. Ganz abgesehen davon, daß eine bürgerliche Minderheitsregierung nicht möglich wäre, weil die Sozialdemokratie ihr gegenüber erklärtermaßen eine neutrale Haltung nicht einnehmen würde, besteht auch sowohl bei den Demokraten wie beim Zentrum keinerlei Neigung, derartige Experimente, die letzten Endes doch zu nichts führen würden, mitzumachen.

Die „Germania“ gibt sich selbst unnötigerweise Rätsel auf. Der Unterschied zwischen dem Reich und Preußen ist doch einfach da, daß im Reichstag die alte Koalition keine

Mehrheit mehr hat, während sie im Landtag Mehrheit geblieben ist.

Nachdem die letzten Wahlen der Provinziallandtage zum preussischen Staatsrat stattgefunden haben und auch über die Vertretung Oberschlesiens bereits Einigung erzielt worden ist, läßt sich die endgültige Zusammensetzung des Staatsrats nunmehr bereits mit Sicherheit angeben. Der preussische Staatsrat wird aus 79 Mitgliedern bestehen. Davon gehören 27 zur Deutschnationalen und zur Deutschen Volkspartei, 19 zum Zentrum, 4 zu den Demokraten, 20 zur Sozialdemokratischen Partei, 7 zur Unabhängigen Partei und 2 zu den Kommunisten. Die alte preussische Regierungskoalition (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum) verfügt also im Staatsrat über eine sichere Mehrheit von 43 Sitzen, während die übrigen Parteien zusammen 36 Sitze innehaben.

Diese Feststellung ist sehr wichtig, weil von den Freunden einer Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts bisher mit dem Argument operiert wurde, daß die alte Koalition im Staatsrat keine Mehrheit haben und infolgedessen bei Fortbestehen der alten Koalition Landtag und Staatsrat gegeneinander arbeiten würden. Diese Behauptung hat sich nun als irrig erwiesen. Die Mehrheit der alten Koalition im Staatsrat ist sogar prozentual noch etwas günstiger als in der Landesversammlung.

Liegen besondere wirtschaftliche Verhältnisse vor, die die Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen, so kann die Steuer bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 10 000 M. ganz erlassen, bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 20 000 M. bis zur Hälfte, bei einem steuerbaren Einkommen von nicht mehr als 30 000 M. bis zu einem Viertel ihres Betrages ermäßigt werden. Hierzu ist natürlich ein besonderer Antrag erforderlich. Als solche besonders belastende Verhältnisse gelten außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, Krankheit, Unglücksfälle usw.

Die Ermäßigung des Steuertarifs, der jetzt bis zu 24 000 Mark den gleichmäßigen Satz von 10 Proz. vorsieht, während nach dem bisherigen Tarif bei einem Einkommen von 24 000 Mark die obersten 1000 M. schon mit 29 Proz. erfaßt wurden, hat zur Folge, daß bei rechtzeitigem Beginn des Steuerabzugs am 1. Juli 1920 der abgezogene Betrag in der Regel größer ist als die schuldige Jahressteuer. In diesen Fällen hat das Finanzamt den überschüssigen Betrag dem Steuerpflichtigen sofort nach der endgültigen Veranlagung in bar zu erstatten. Ramentlich dann wird ein größerer Betrag zu erstatten sein, wenn das Einkommen im Verlaufe des Jahres 1920 nach und nach erheblich gestiegen und wenn die Zahl der minderjährigen Kinder groß ist.

Hier ein Beispiel. Der Arbeiter X. hatte in den ersten 12 Wochen des Jahres 1920 einen Wochenlohn von 200 M., in den folgenden 10 Wochen einen solchen von 260 M., im Rest des Jahres (15 Wochen) einen solchen von 300 M. War er das ganze Jahr hindurch ohne Unterbrechung beschäftigt, so betrug sein Jahreseinkommen 13 100 M. Davon entfallen auf die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 7360 M. Ist er verheiratet und hat vier minderjährige Kinder, so waren vom Steuerabzug freigestellt für ihn wöchentlich 30 M., für seine Frau und seine vier Kinder je 10 M., zusammen wöchentlich 70 M., das macht für 26 Wochen (Juli bis Dezember) 1820 M. Der 10proz. Steuerabzug ist in den 26 Wochen gemacht worden von dem Restbetrag von 5540 M. und beläuft sich auf 554 M. X. hat aber auch schon für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1921, die ja noch zum Rechnungsjahr 1920/21 gehört, den Steuerabzug erlitten, der, wenn der Lohn seit 31. Dezember gleich geblieben ist, sich auf weitere 299 M. beläuft. Im ganzen sind ihm also vom 1. Juli 1920 bis zum 1. April 1921 als Steuer abgezogen worden: 544 + 299 = 843 M.

Wenig ist er auf Grund seiner Steuererklärung an Jahressteuer schuldig? Von seinem Jahreseinkommen im Betrage von 13 100 M. zieht er ab 150 M. für Fahrgehalt, 300 M. für Mehrkosten des im Speisehaus eingenommenen Mittagessens, 200 M. für Abnutzung eines Maschinenanlasses, Mehraufwand für den Haushalt infolge Erwerbstätigkeit der Ehefrau hat er nicht, da die Frau vier Kinder zu pflegen hat und nicht erwerbstätig sein kann. Über er zieht weiter ab für Versicherungsbeiträge 350 M., Beitrag zur Sterbekasse 50 M., Lebensversicherungsprämie 650 M., Gewerkschaftsbeiträge 200 M., Parteibeiträge 50 M., zusammen 1950 M. Bleibt übrig ein steuerbares Einkommen von 11 150 M., aber nach unten auf volle 100 M. abgerundet 11 100 M. Davon 10 Proz. Steuer ergibt 1110 M. Diese Steuer ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen, seine Ehefrau und seine vier Kinder um je 120 M. = 720 M. Es verbleibt somit eine jährliche Steuer schuld von 390 M. Da X. bereits 843 M. durch den Steuerabzug bezahlt hat, sind ihm 453 M. zu erstatten.

Ist X. unverheiratet und hat er nur für sich selbst zu sorgen, so waren vom Steuerabzug nur 30 M. wöchentlich freigestellt und er hätte bis zum 1. April auf dem Wege des Steuerabzugs bezahlt 1009 M. Beläufen sich in diesem Falle seine gesetzlich zulässigen Abzüge statt auf 1950 M. nur auf 1400 M., so bleibt ein steuerbares Einkommen von 11 700 M. Davon 10 Proz. ergibt eine Jahressteuer von 1170 M., die sich um 120 M. ermäßigt, also schließlich 1050 M. beträgt.

Der unverheiratete hat also noch 41 M. nachzuzahlen, der verheiratete X. mit vier Kindern bekommt 453 M. zurückerstattet.

Nach den bisherigen Bestimmungen hätte die Jahressteuer des verheirateten X. 927 M. betragen und er hätte 74 M. nachzuzahlen, der ledige X. hätte 1490 M. Jahressteuer zu tragen, also 481 M. nachzuzahlen. Dazu wäre möglicherweise noch eine Gemeindesteuer vom steuerfreien Mindesteinkommen gekommen, die nun wegfällt, weil es kein „steuerfreies Mindesteinkommen“ mehr gibt.

Hätte der Steuerabzug statt am 1. Juli erst am 1. August begonnen, so würde sich bei dem verheirateten X. der zu erstattende Betrag um etwa 80 M. vermindern, bei dem ledigen der nachzuzahlende Betrag um etwa 95 M. erhöhen.

Sächsische Regierungserklärung zum Putsch

Der sächsische Landtag nahm in seiner gestrigen Sitzung zu den kommunistischen Putsch Stellung. Eine Regierungserklärung verurteilt die Putsche und das Verhalten der Kommunisten. Die Dynamitanschläge im Vogtland und auf die Landgerichtsgebäude in Dresden, Freiberg und Leipzig seien nach Aussagen Inhaftierter nach einheitlichem Plan ausgeführt. Von der Errichtung der Ausnahmegerichte habe die Regierung vom Reich Mitteilungen erhalten, sie habe jedoch ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, das solche Gerichte keinesfalls für sämtliche sächsische Landgerichtsbezirke für notwendig erachtet werden könnten und erwartet, daß diese Gerichte streng sachlich ihre Aufgabe erledigen. Die Erklärung schließt folgendermaßen:

„Die Regierung verkennt nicht, daß die wirtschaftliche Not, das steigende Elend und Benutzungen durch reaktionäre Bestrebungen und Handlungen eine Stimmung in der Bevölkerung erzeugt haben, die für solche Gewalttaten einen fruchtbareren Boden schafft. Sie ist aber weiter davon überzeugt, daß durch wahnwitzige Gewalttate und Terror Not und Elend nicht beseitigt sondern verschlimmert, zuletzt aber reaktionären Bestrebungen Vorschub geleistet wird. Wer die junge demokratische Freiheit festigen und dadurch den Weg zur sozialistischen Gesellschaft bahnen will, muß das Mittel der Notwehr gegen Gewalt zur Abwehr von sinnlosen Zerstörungen und zum Schutze der Freiheit und Sicherheit der Person anwenden.“

Der kommunistische Redner verteidigte die Gewalttaten in Mitteldeutschland und sagte, daß diese durch die Unternehmer provoziert worden seien.

Ein Antrag der Unabhängigen ersuchte die Regierung, bei der Reichsregierung auf Aufhebung der Verordnung über die Ausnahmegerichte hinzuwirken. — Dazu erklärte der Justizminister Dr. Harnisch, daß für Sachsen bald die Möglichkeit gegeben sein wird, die Ausnahmegerichte möglichst einzudämmen. Sie sollen nur für ganz schwerwiegende Fälle in Anwendung kommen.

Es sollte weiter über den von der sächsischen Regierung vorgelegten Amnestiegesetzentwurf, über den wir feinerzeit berichteten, beraten werden. Die Linksparteien beantragten unveränderte Annahme des Entwurfs, die Rechtsparteien Ablehnung. Das Amnestiegesetz wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Reichswehr und Politik.

Der Reichswehrminister hat unter dem 1. April folgende Verfügung erlassen:

Auf Grund des § 3 M des Wehrgesetzes verleihe ich hiermit allen Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften):

1. Die Teilnahme an politischen Versammlungen, Versammlungen, die zu einem nichtpolitischen Zweck einberufen sind, aber im Verlauf der Verhandlungen, der Einberufung usw., sich mit politischen Angelegenheiten befassen, hat jeder Soldat sofort zu verlassen, sobald ihm diese Abwendung des Zwecks erkennbar wird.

2. Die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen. Politisch ist ein Verein, wenn er eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (siehe § 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 10. April 1908, Reichsgesetzblatt S. 151). Eine solche Einwirkung auf politische Angelegenheiten liegt schon dann vor, wenn das Bestreben des Vereins darauf gerichtet ist, die Gesetzgebung oder Verwaltung des Reiches oder der Länder zu beeinflussen. Die in den Vereinsstatuten enthaltenen Angaben über die Zwecke des Vereins sind hierbei allein nicht ausschlaggebend, es kommt vielmehr auch auf die Tätigkeit an, die der Verein tatsächlich, sei es auch im Widerspruch mit den Satzungen, ausübt.

Zu den politischen Vereinen, denen die Soldaten nicht angehören dürfen, zählen hiernach beispielsweise: a) sämtliche Organisationen der politischen Parteien, also sowohl die Zentralverbände wie auch die Landes- und Ortsgruppen, b) der Nationalverband deutscher Offiziere, c) der Verband nationalgesinnter Soldaten, d) der Republikanische Führerbund, e) die Offiziersvereinigung der deutschen Republik.

Ist dem Soldaten zweifelhaft, ob es sich um einen unter dies Verbot fallenden politischen Verein handelt, so hat er sich an seine vorgesetzte Dienststelle zu wenden und ihre Entscheidung abzuwarten. Er trägt vorzuhaltender Zweifel einem Verein, der als politischer Verein zu gelten hat, ohne weiteres bei, so hat er Bestrafung wegen Nichtbefolgung dieses Befehls zu gewärtigen.

Dieser Befehl ist allen Soldaten unverzüglich, jedem neu Eintretenden bei der Einstellung bekanntzugeben mit dem Hinweis darauf, daß bei Verstößen strafgerichtlich oder disziplinarisch eingeschritten wird. Diese Bekanntgabe ist von Zeit zu Zeit zu wiederholen.

Herr Geßler erklärt also auch solche Vereine für politisch, die, wie der Republikanische Führerbund und die Offiziersvereinigung der deutschen Republik, lediglich die Treue zur Verfassung und zu der bestehenden Staatsform in der Reichswehr stärken wollen. Diese Arbeit besorgt nämlich das RWM. alleine — Erfolg Lüttwig, Ehrhardt usw.

Der Leichenbefund Sültz.

In der Berliner „Äinischen Wochenschrift“ veröffentlicht der Direktor des pathologischen Instituts der Universität Professor Dr. Lubarowitsch einen Bericht über die Section der Leiche Sültz, in der er entschieden der Behauptung des kommunistischen Vertrauensarztes Dr. Klauber entgegentritt, daß durch die Barmherzigkeit der Leichenöffnung im pathologischen Institut eine objektive Untersuchung unmöglich gemacht worden sei. Auf Grund einer eingehenden sachverständigen Darstellung kommt Prof. Lubarowitsch zu folgendem Ergebnis: Es lag ein Blutverlust von 2,5 Litern vor. Der Tod ist durch den Blutverlust erfolgt, und es besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Schuß erstens von hinten den S. getroffen hat, zweitens aus erheblicher Entfernung abgegeben sein muß. Die Dr. Klauber gezeigte Einschußstelle sei nicht, wie dieser annimmt, pulvergeschwärtzt gewesen, sondern habe durch Behandlung Formalin-Räucher eine Chromfärbung angenommen, wobei das eingetrocknete Blut einen noch dunkleren, schwärzlichen Farbton angenommen hatte. An der Einschußöffnung hat keine Pulverschwarzung bestanden.

Der Stand unserer Bildungsarbeit.

Zu diesem Bericht in Nr. 146 des „Vorwärts“ ersucht uns Herrmann Müller um Aufnahme folgender Zeilen: Der Bericht über die Dresdener Tagung der Bildungsausschüsse der Partei in Nr. 146 des „Vorwärts“ vom 29. März läßt mich in seiner gedrängten Kürze Sätze aussprechen, die ich so nicht gesprochen habe. Ich berichte kurz das Folgende:

Ich habe mich gegen die beantragte Schaffung der Stelle eines Kultusministers beim Parteivorstand ausgesprochen, weil ich der Auffassung bin, daß unsere Bildungsarbeit deshalb so erfolgreich gewirkt hat, weil sie nicht von einer Instanz angeordnet wurde, sondern sich selbst aus den Bedürfnissen der Partei heraus entwickelt hat.

Ich habe ferner nicht gesagt, daß wir uns jetzt dem Pazifismus anschließen müßten, den wir früher verhöhnt hätten, denn die Partei hat seit ihrer Begründung praktisch pazifistische Arbeit geleistet, indem sie die imperialistische

walten, die gelegentlich die Herrschaft des Menschen durchbrechen können, nein, sie liegen in den entsetzlichen Gewalten der Menschensele. Wir müssen uns selbst beherrschen — wie wir die Natur beherrschen. Das ist die ethische Aufgabe, welche uns die Technik zu lösen gibt. Gelingt uns die Lösung nicht, so wird die Technik stärker sein als wir und wird uns mit der Macht geschlagen, die sie kleinen Gruppen — und nicht nur Unternehmergruppen — in die Hände spielt.

Es ist eine ethische Aufgabe, die uns die Technik stellt und damit eine Aufgabe der Erziehung im höchsten Sinne des Wortes. Nicht nur eine Aufgabe der Schulen und technischen Hochschulen — diese zeigen erste Spuren einer Selbstbestimmung —, sondern eine Aufgabe, die überall dort im Vordergrund stehen muß, wo das Leben pädagogisch wirkt. Von diesen Forderungen der technischen Kultur muß jeder durchdrungen sein, der irgendwie zum Führer berufen ist, sei es in der politischen Bewegung, sei es in speziellen Lehramt. Nur wenn es gelingt, im Sozialismus die ethischen Kräfte und Aufgaben des Sozialismus das soziale Verantwortungsgesetz zu wecken, haben wir die Seite der Technik vollendet, die bisher über der Materie vergessen worden war. Viel steht auf dem Spiel und schwer ist die Aufgabe, so schwer, daß wie zu fichtes Zeiten „nur eine gänzliche Umgestaltung des Erziehungswesens uns retten kann“.

Der Dichter und das Geschäft. Die schweren Konflikte und Räte, in die der unabhängige, nur seinem Genius gehorchende Dichter in der kapitalistischen Gesellschaft geraten muß, schildert Strindberg in seinen „Briefen aus Intime Theater“, die toben in deutscher Uebersetzung im Verlage von Georg Müller in München erscheinen. Der Band, der den Dramatiker Strindberg als Schöpfer der stilisierten, vereinfachten modernen Inszenierung zeigt, schließt am 10. Dezember 1910 mit folgender Betrachtung:

„Das Dichten und künstlerische Produktion in Zusammenhang mit Geschäft stehen soll, ist sicher etwas Ungefundes. Als ich mich um 1880 als Verfasser selbständig machte, um von der Dichtkunst als Beruf zu leben, fand ich, daß zwischen meiner idealen Tätigkeit und der Geldfrage ein trauriger Widerspruch herrschte. Auch das war sich vom wirklichen Leben loslöste, verursachte eine Dissonanz, und als das Erlebnis verfliege, gedachte ich zuerst, mein Geschäft vom Verlagsgeschäft zu emanzipieren und das Brot durch etwas anderes zu erwerben. Ich wollte die Erde bebauen, nicht den Aker jedoch, sondern den Garten. Aber die Macht der Umstände und dergleichen hinderten mich. Statt dessen wurde ich ein „fahrender Schüler“, der hinausfuhr, um sich Menschen und Leben anzusehen, mit der Gefahr, viel zu leiden — aber das rettete mein Schaffen. Und nach fünfjährigem Schmeißen (1882—1887) hatte ich etwas zu erzählen. Könnte ich jetzt, nachdem ich meine Erfahrungen gemacht habe, mein Dichtleben noch einmal leben, so würde ich zuerst ein Brot suchen, doch nicht in einem Amt oder Geschäft, und dann dichten, aber niemals bezahlte nehmen. Dann würde ich sowohl gelesen wie gespielt und brauchte keine Geschäfts- und Betriebsbriefe zu schreiben. Dies

war das Ideal, das Lofstoft vorstrebte, als er sich zum Schuster machte, obwohl er, wie wir meisten, sein Streben nicht so verwirklichen konnte, wie er wollte.

Ernst v. Posart, einstmaliger Generalintendant der Münchener Hoftheater und einer der gefeiertsten deutschen Schauspieler und Sprecher, ist im Alter von 80 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Man muß zugestehen: Posart war immer ein Eigenartiger. Das Pathos seiner Diktion und seiner Seite riß die Massen mit sich fort. Er war ein Deklamator von großem Ausmaß, aber doch wohl kaum je mehr als ein Deklamator. Er war ein Künstler, vielleicht sogar ein großer Künstler, aber die Kunst, die in ihm lebte, die in ihm bebt, legten Endes ließ sie kalt. Die letzte Schwingung, dieses unsagbare Etwas der Beseeltheit, ging ihm ab. Mehr noch als Künstler war Posart Lehrer. Lehrer einer vergangenen Epoche, in der das Schauspielertemperament das menschliche übermüdete, einer Epoche, in der das Ich des Schauspielers Mittelpunkt der Bühne, des Podiums und — des Publikums war.

Rußland in der Zeit voran. Früher waren die Russen in der Zeitrechnung hinter der übrigen modernen Welt zurück, da sie am Julianischen Kalender festhielten. Heute ist der Fortschritt (auch in der Zeit) drüber stürmisch; man ist dort schon im Jahre 1927. In dem in Paris erscheinenden, vom Komitee der Dritten Internationalen herausgegebenen „Bulletin Communiste“ (vom 24. März) steht unter der Ueberschrift „Das Beethoven-Jubiläum in Rußland“ zu lesen: „Zur Jahrhundertfeier von Beethovens Tode hat die musikalische Abteilung des Kommissariats der öffentlichen Aufklärung eine Reihe von Konzerten veranstaltet“ usw. Wir armen ruckständigen Westeuropäer feierten im vorigen Jahr Beethovens 150. Geburtstag, die Sowjetregierung beging aber bereits seinen 100. Todestag, der 1927 fällig ist. Respekt vor Lunatscharsky, dem Kommissar der öffentlichen Aufklärung, der diese Feier veranlaßt und diesen Bericht selber unterzeichnet hat! Da muß ja Adolf Hoffmann über unlautere Konkurrenz klagen.

Reichsbühne G. O. Am Donnerstag, den 14. April, fragen in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster Franzse Kollhoff und Franzse Fürtz vom Reuen Volkstheater „Soziale Satire“ vor.

Freie Deutsche Bühne nennt sich ein ungenügendes Unternehmen des Ortsverbandes freier Bühnenkünstler, das in Wallerstein, in den Sommermonaten Villaggio- und Konfessionenveranstaltungen (auch für die Jugend) plant. Der Ueberblichkeit der Künstler soll dadurch gehindert werden.

Der ukrainische Chor unter Leitung von Prof. Eugen Kurula gibt Sonntag, den 10. April, abends 7½ Uhr, im neuen Rathens Schöneberg ein Konzert.

17. nächtliche Vormittagskonzert der Stadtoper findet Sonntag, den 17. April, vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus unter Leitung von Dr. Schütz statt. Programm: Die große Rekonstruktion, Die „Gymnastik“, Ouvertüre von Weber, „Don Juan“ von Richard Strauss und „Prägnanz“ Einleitung in C-moll. Bormerkung von Beethoven an den Rassen des Opernhaus, Großen Schauspielhauses, des Inszenierers, bei Vols u. Hof und Wehlein.

Technik und Menschenseele.

Von Dr. Viktor Engelhardt-Friedenau.

Im folgenden bringen wir den Hauptgedanken eines demnächst in der „Neuen Zeit“ erscheinenden Aufsatzes des Verfassers.

Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben das innerste Wesen unserer technischen Kultur eindringlich und warnend gepöbeligt. Einst — in der Technik Renaissance — klang das jauchzende Wort durch die Lande: „wir sind frei“, frei von den Banden der Natur! Nun tönt dumpf das Echo zurück: „aber wir sind fester an den guten Willen kleiner Menschengruppen gefesselt als je zuvor“. Der Proletarier hat als Sklave der Maschine und als Höriger der Unternehmung diese Abhängigkeit vom Menschen schon lange selbst und schmerzvoll gefühlt. Trotzdem war der Jubelruf über die technische Befreiung nicht verstummt. Der Proletarier war eben nicht Träger der geistigen Bewegung und rechnete darum nicht zur „Menschheit“. Er war ein Stück Natur wie Eisen und Stahl, ein Stück Natur, das man beherrschte, um frei zu sein.

Unter dem Druck dieser Abhängigkeit aber ist der Proletarier schließlich zum Selbstbewußtsein erwacht und damit zum „Menschen“ geworden. Die Einschränkung des Begriffs Menschheit auf die führenden Schichten wurde so zur Lüge, und von einer Befreiung durch die Technik, von einer Befreiung schlechthin kann nicht mehr gesprochen werden. Besser als alle Geschichte lehrt der heutige Tag, wie groß die Gebundenheit des Menschen ist, auch für den, der nicht zum Proletariat gehört. Eine einzige gut angebrachte Bombe, die das Schaltwerk einer großen Ueberlandzentrale vernichtet, legt Hunderte von Maschinen still und löst Zehntausende von Lampen aus. Rauscher glaubte in der Technischen Anthologie ein Mittel gegen den Gruppenegoismus gefunden zu haben. Die Hoffnung ist trügerisch, denn die Möglichkeit, daß der Betrieb von „feindlicher“ Seite aufrechterhalten wird, veranlaßt die kämpfenden Gruppen, von der Stilllegung zur Sabotage überzugehen. Das Problem der zunehmenden Macht kleiner Gruppen ist durch die Gegenüberstellung einer feindlichen Macht nicht zu lösen.

Die Lösung liegt auf anderem Gebiet. Die junge Technik hat Fehler begangen. Sie hat gelernt, mit jeder Materie und Energie zu rechnen, mit Eisen und Kupfer, mit Holz und Zement, mit Wasser, Dampf und Elektrizität, nur mit einer nicht, mit der Kraft der Menschenseele. In der Technik liegt ein seelisches Problem, nicht nur ein materielles; denn die Maschine erwacht niemals zum Leben ohne die Geisteskraft dessen, der sie erschuf und dessen, der sie bedient. Durch die Erkenntnis einer fortwährend steigenden Abhängigkeit wird das seelische Problem zum ethischen erhöht. In aller Technik und Wirtschaft finden wir den ethischen Keim. Auf ihn gilt es zu verweisen, wenn wir den Gefahren der Technik entgegenzuweisen wollen. Diese liegen nicht in den unersetzlichen Naturge-

Politik des Betrügens (scharfer bekämpft hat, als irgendeine politische Gruppe. Ich habe vielmehr in Dresden gesagt, daß das Ergebnis des Weltkrieges uns in der Wehr- und Abrüstungsfrage zur Umstellung veranlassen müsse und daß wir heute mit bürgerlichen Gruppen in der Abrüstungsfrage zusammengehen könnten, deren Arbeit früher einige Genossen nur verhöhnt hätten.

Ich habe endlich gesagt, daß zur vollen Auswirkung der Revolution zwei Voraussetzungen hätten erfüllt sein müssen: Erstens ökonomische Reife der Wirtschaft zur Durchführung des Sozialismus und zweitens Reife des Proletariats zur Durchführung seiner historischen Mission. Die letztere habe gefehlt und fehle heute noch bei großen Schichten, wie die Vorgänge in Mitteleuropa gezeigt hätten.

„Demokratisierung und Volkshumor.“

Unter dieser Schlagmarke trug die reaktionäre „Deutsche Zeitung“ nämlich der Tatsache, daß der jetzige kommissarische Landrat, unser Genosse Giese, zuletzt Leiter der Provinzial-Kartoffelstelle von Schlesien war, allerlei hässliche Bemerkungen zusammen. Wir wollen demgegenüber nur feststellen, daß Genosse Giese Gymnasialbildung besitzt, 11 Jahre in einem ersten Bankhaus tätig war, Handelsredakteur eines führenden Berliner Blattes gewesen ist und viele Jahre führende Posten in der Industrie bekleidet hat. Wir wünschen und hoffen, daß die dort gesammelten Kenntnisse unweisen Genossen befähigen, den von den Verwaltungsbeamten in den drei gefährlichen Kreisfarrnen bald wieder flott machen zu können; das wird die würdigste Antwort auf die niederträchtigen Angriffe des alldeutschen Blattes sein.

Die Steuerflucht.

Die Kreise der Privatbeamten wird uns geschrieben: Weshalb gehen die höheren Beamten dazu über, ihre Einkommensbezüge nicht mehr wie bisher einfach als bezogenes Gehalt zu quittieren, sondern sich einen Teil als erhaltene „Spezen“ auszahlen zu lassen. Ein Monatsgehalt von beispielsweise 2000 M. wird als Gehalt in Höhe von 2000 M. und als Spezen in Höhe von 1000 M. zur Auszahlung gebracht. Der Zweck ist, eine erhebliche Steuerersparnis zu machen, denn die bezogenen Spezen werden als Einkommen nicht deklariert.

Es darf angenommen werden, daß diese Uebung einen großen Umfang annimmt und daß sich der Steuerabgabe der Unternehmer hier in würdiger Form die Steuerabgabe der höheren Beamten anpaßt. Das Finanzministerium wird alle Ursache haben, die Finanzämter anzuweisen, dieser Steuerabgabe mit allen Mitteln entgegenzutreten, zumal der Arbeiter, der mittlere und untere Beamte sein gesamtes Einkommen zu versteuern hat.

Kommunistenprozesse.

Das Sondergericht am Landgericht I hatte sich heute wieder mit einigen weniger bedeutenden Fällen aus den Tagen der jüngsten Unruhen zu beschäftigen. — Im ersten Falle war der Kaufmann Franz Fischer aus Schöneberg wegen Vergehens gegen § 110 StGB. (öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetzgebung) angeklagt. Der Angeklagte war Angehöriger der Arbeiterbewegung und hatte im Auftrage der Parteileitung einen Wagen mit etwa 7000 Flugblättern, die zum Generalkriegsaufforderungen, begleitet. Der Wagen sollte die Flugblätter auf der Druckerlei zur Verteilung bringen. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, da nur eine Versuchshandlung vorlag.

Der Schlosser Otto Peters ist festgenommen worden, nachdem er in der Prinz-Albrecht-Straße und am Schiffbauerdamm Zeitel mit der Aufforderung: „Generalkrieg als Antwort auf die Hamburger Morde“ angeklebt hatte. Er will diese Zeitel von einem Untertanen zugesteht erhalten haben. Der Staatsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen § 110 StGB. sechs Monate Gefängnis, das Gericht erkannte unter Hinweis auf die Bestimmungen der Verordnung vom 10. November 1920 auf drei Monate Gefängnis.

Der Kienpner Reinhold Wilsde, der sich als Mitglied der kommunistischen Partei bekannte, ist am Ostermontag festgenommen worden, weil er eine große Anzahl von Flugblättern mit den Ueberschriften „Auf zum Generalkrieg!“, „Generalkrieg als Antwort auf die Hamburger Morde“ u. m. bei sich trug. Die Festnahme erfolgte, noch ehe der Angeklagte Gelegenheit zur Verteilung gefunden hatte. Da es sich nur um einen nicht strafbaren Versuch handelte, wurde der Angeklagte freigesprochen.

In einem anderen, ähnlich liegenden Falle, der nicht zur Verhandlung kommen konnte, weil die Zeugen fehlten, wurde der Angeklagte aus der Untersuchungshaft entlassen.

Politik und Wissenschaft. In dem höchst verdienstvollen Verlag J. C. B. Mohr (Tübingen) ist vor kurzer Zeit ein Buch von Walter Schulz erschienen, das „Die Grundlagen der politischen Parteibildung“ untersucht. Der Verfasser erklärt mit einer Bescheidenheit, die durch die nachfolgenden Forschungen nicht gerechtfertigt erscheint, nicht den Anspruch auf Tiefe zu erheben, und den Einwand, im Bereiche der sozialen Oberflächenercheinungen geblieben zu sein, als das Gegenteil eines Vorwurfs zu empfinden. Hierdurch wird einer Kritik, die sich mit der sozialen Seite seiner Ausführungen beschäftigen sollte, von vornherein die Spitze gebrochen. In seinen Angriffen auf den Marxismus führt der Verfasser zuweilen einen Kampf gegen Windmühlen; seine Kritik des „Materialismus“ ist vielfach bereits von sozialistischer Seite vorweggenommen worden. Bemerkenswert bleibt die rücksichtslose Aufdeckung der geringen Bedeutung geschichtlicher Lehren und der Nachweis, daß die Historie nur in den allerletzten Fällen der Gegenwart Richtlinien zu weisen vermag. Dem Zufall bei der Parteibildung dürfte ein zu großer Einfluß eingeräumt sein; zu begründen ist die klare Gegenüberstellung von Politik und Wissenschaft. Das Werk ist mit einer erfreulichen Objektivität geschrieben.

Wirtschaft

Keine Erhöhung der Kaltpreise.

Vor einigen Tagen ging eine Notiz durch die Presse, nach welcher die Kaltpreise auf einen Antrag des Kaltschmelzwerks beim Reichskartellrat um 65 Proz. erhöht werden sollten. Wir erfahren dazu von unterrichteter Seite, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspricht. Man denkt im Syndikat nicht daran, einen Antrag auf Preiserhöhung um 65 Proz. beim Reichskartellrat zu stellen. Es dürfte dazu auch nicht die geringste Veranlassung vorliegen, da sich seit der Ablehnung der Kaltpreiserhöhung am 1. Februar d. J. die Verhältnisse in der Kaltschmelze nicht im geringsten geändert haben und eine abermalige Ablehnung mit Bestimmtheit zu erwarten wäre.

Hochbahn-Gesellschaft. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der zum 30. April einzuberufenden Generalversammlung für das Jahr 1920 5 1/2 Proz. Dividende auf die Stammaktien (wie im Vorjahr) vorzuschlagen. Auf die Vorzugsaktien werden wieder 5 Proz. Dividende bzw. Bauzinsen gezahlt.

Kette in der belgischen Glasindustrie. Das Brüsseler „Ringierne Sieck“ meldet, daß mehrere Glasbläserellen im Bode von Charleroi ihre Defen bereits ausgeblasen und andere Fabriken ihre Arbeit eingestellt haben wegen Mangels an Aufträgen zum 1. Mai gekündigt haben.

Groß-Berlin

Das versteckte Sonnenwunder.

In dieser an Finsternissen nicht armen Zeit sollte Berlin auch noch die Stimmung für eine kalenderliche Sonnenfinsternis aufbringen. Das war zuviel. Lufte und stürmte trübe Wolken am Himmel und sein rieselnder Regen die Hoffnung, die lange erwartete Sonnenfinsternis gut beobachten zu können, merklich herab. Ganz so schlimm ist es jedoch nicht geworden, denn einige Male gab das dicke mit Sturmesgeschwindigkeit dahinjagende Gemölt unser Zentralgestirn frei. So konnte man um 9,15 Uhr sehen, wie „das kleine Licht, das die Nacht regiert“, der Mond, etwa ein Viertel der Sonne bedeckte, und um 10 Uhr 2 Minuten, als das Ereignis seinen Höhepunkt erreichte, haben sicherlich viele durch farbige Glas ritzig nach dem Himmel geschaut und die schmale Sonnenscheibe mit Interesse betrachtet. Die Temperatur sank merklich, jedoch ließ das trübe Wetter eine Abnahme der Helligkeit nur wenig empfinden.

Auf der Trepower Sternwarte

hatten sich noch und nach etwa 30 Besucher eingefunden, um das Naturtheater zu beobachten. Drei Fernrohre waren zur Beobachtung aufgestellt, die rege benutzt wurden und durch die sehr deutlich auch die Mondgebirge am Rande der schwarzen Scheibe beobachtet werden konnten. Direktor Kruchenholz machte am großen Fernrohr eine Anzahl Aufnahmen von der Sonnenfinsternis und wurde dabei natürlich gefilmt. Auch die Besucher wurden „gefilmt“, und auf einer dieser Aufnahmen wird zu sehen sein, wie sie voller Spannung nach den Wolken zeigen, hinter denen die verfinsterte Sonne gerade — verschwunden ist. Amaturphotographen knipsten aufgeregt. Hoffentlich haben sie Glück gehabt. Nur der jüngste Besucher der Sternwarte, ein pausbäckiges zehn Monate altes Bäcklein, fragte nichts nach der Sonnenfinsternis, sondern sah erstarrt auf die vielen Sonnensucher, und seine Augen waren dabei selbst zwei blanke Sterne.

Die Folgen des Krieges haben es leider verhindert, daß die deutsche Wissenschaft sich dem seltenen Naturereignis, das in diesem Jahrhundert so ausgeprägt sich in Deutschland nicht mehr beobachten läßt, mit der gewohnten Gründlichkeit widmen konnte. Die ungeheuren Kosten haben selbst Freibalonaufstiege in größerer Anzahl — im Jahre 1912 wurden zur Vergleichung der Messung über 100 Ballon- und Flugzeugaufstiege vorgenommen — verhindert. Von wissenschaftlichen Expeditionen mußte man aus Balutarückständen ganz absehen, und nur einigen Gelehrten ist es dank privater Unterstützung möglich gewesen, sich nach Schottland zu begeben, wo die Ringsonnenfinsternis zu beobachten war. Die übrigen Sternwarten in Berlin und Umgebung wiesen infolge des trüben regnerischen Wetters nur schwachen Besuch auf, und auch die Händler, die sich mit geschwärzten Gläsern auf die Sonnenfinsternis „eingestellt“ hatten, kamen durchaus nicht auf ihre Rechnung.

Der Fall Novarra.

Zu der Verhaftung des Direktors Novarra von der Städtischen Kleider-Bewertungs-Gesellschaft erfahren wir, daß der Aufsichtsrat der Gesellschaft sich unter dem Vorbehalt des Stadtrats Weise bereits in zwei Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Soweit dem Aufsichtsrat Unterlagen gegeben wurden, steht noch nicht fest, inwieweit Direktor Novarra mit den von ihm persönlich abgeschlossenen Geschäften die Stadt geschädigt hat. Inwieweit er sich sonst strafbar gemacht hat, ist Sache der richterlichen Untersuchung, deren Ergebnis abgewartet werden muß.

Die „Freiheit“ bringt eine hässliche Betrachtung, wie man sie aus solchem Anlaß etwa in deutschnationalen Blättern erwarten könnte. Darin heißt es:

Dieser Herr Novarra hat es verstanden, Karriere zu machen. Während des Krieges hat er die berühmte Kleider-Bewertungs-Gesellschaft ins Leben gerufen, natürlich mußte Herr Novarra Direktor werden. Und als dann die Stadt selber sich der Sache annehmen mußte, ging es ohne Herrn Novarra nicht.

Die „Freiheit“ fügt dann eine ihre „von anderer Seite“ zugegangene Mitteilung bei, die Novarras Werdegang schildert. Angehängt ist folgender alberne Angriff:

Seine Protektoren waren der ehemalige Stadtrat Raab und der rechtssozialistische Stadterordnete Alexander Fröhlich, der auch zum Kuratorium für das Anschaffungsamt gehörte. Die Partei des Herrn Fröhlich tritt mit besonderer Bravour für Hochleute ein. Der Annoncenammler Franz Novarra war wiederholt mit seinem Beschützer Fröhlich im roten Hause, um als — Direktor des Anschaffungsamtes besonders empfohlen zu werden. Bald dürfte er Wolke zupfen.

Hierzu sagt uns der Stadterordnete Genosse Fröhlich, daß er niemals „Protector“ von Novarra gewesen sei. Er habe als einfaches Mitglied der Deputation genau soviel und genau so wenig Einfluß auf die Wahl des Direktors für das Anschaffungsamt gehabt, wie jedes andere Mitglied. Die Wahl Novarras, der übrigens hinterher diesen Posten abgetreten habe, sei einstimmig erfolgt, auch mit den Stimmen der Unabhängigen, z. B. der Frau Stadträtin Wegl. Frau Wegl habe eben, gestützt auf das Urteil des Stadtrats Raab, gleichfalls Novarra für einen tüchtigen Geschäftsmann und darum für geeignet zum Direktor des Anschaffungsamtes gehalten. Erlogen sei, daß Novarra wiederholt mit seinem Beschützer Fröhlich im roten Hause“ gewesen sei, „um als Direktor des Anschaffungsamtes besonders empfohlen zu werden.“

Ein Nordgerücht.

In der vergangenen Nacht wurde die Kriminalpolizei nach der Stalhofer Straße 145 gerufen. Sie fand dort einen in diesem Hause wohnenden Kandidat in einer Blutlache liegend auf. Der Nordberufsdienst stellte fest, daß weder ein Nord noch ein Nordberuf vorlag. Der Kandidat hatte sich vor 5 Tagen stark betrunken und war von Berufskollegen heimgeleitet worden. Nachdem sie ihn verlassen hätten, ist der Betrunkene die Kellertreppe hinab gefallen und hat sich dabei so schwer verletzt, daß alsbald der Tod eintrat. Die Leiche wurde beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Kein Verkauf des Döberitzer Übungsplatzes.

Wie verschiedene Morgenblätter zu berichten wissen, sollte der Truppenübungsplatz Döberitz von dem Badischen Anilin- und Stickstoffkonzern erworben sein, um in der Nähe Berlins große Anlagen für die rheinische Industrie zu schaffen. Diese Nachricht entspricht, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, nicht den Tatsachen. Der Truppenübungsplatz Döberitz ist weder an den Stickstoffkonzern noch an ein anderes Privatunternehmen verkauft worden, sondern bleibt vorläufig als Truppenübungs- und -unterkunftsort bestehen.

Die Einführung der Bezirksamtmitglieder im 20. Bezirk (Reinickendorf) fand durch Oberbürgermeister Böß statt, der den ersten Bürgermeister Reichhelm durch Handschlag verabschiedete. In seiner Rede wies Oberbürgermeister Böß auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Gemeinde Groß-Berlin durch die gesamte wirtschaftliche Lage entgegenstellen. Gegenüber den Kostrennungsbestrebungen betonte er, daß erst die Einheitsgemeinde den unbedingt notwendigen

Ausgleich der Kosten zwischen den einem einheitslichen Wirtschaftsgebiet angehörenden Gemeinden schaffe. Trotz aller Schwierigkeiten werde sich Groß-Berlin durchsetzen zum Segen und Nutzen der Allgemeinheit. Bezirksbürgermeister Reichhelm wies in seiner Begrüßung darauf hin, nicht durch übermäßige Zentralisation und Bürokratisierung der Gesamtgemeinde zu Schaden, sondern gerade an, durch eine gewisse Selbständigkeit, besonders auch in finanzieller Beziehung das Verantwortlichkeitsgefühl der Bezirke zu stärken. Darauf führte Bürgermeister Reichhelm die vier unbesoldeten Stadträte in ihre Ämter ein und verpflichtete sie durch Handschlag auf die Reichs- und Preussische Landesverfassung. Die Kommunisten und Unabhängigen protestierten dann gegen die Nichtbestätigung der sechs besoldeten Stadträte. Auf Antrag wurde der Wahlausschuss der Bezirksversammlung beauftragt, so schnell wie möglich die Neuwahlen vorzubereiten. Der von dem Bezirksordnungs-Vorsteher Lübach zu Beginn der Versammlung bekanntgegebene Uebertritt von 5 Bezirksverordneten von der kommunistischen Fraktion zur unabhängigen Fraktion führte zu lebhaften Zwischenrufen und drastischen Bemerkungen aus dem Zuhörerkrise.

Das Bezirksamt 15 (Trepow) wird am 12. April seine Tätigkeit aufnehmen. Jedoch sind die zum Bezirksamt gehörenden Gemeinde- und Ortsvorstände ermächtigt worden, die Geschäfte kommissarisch zu führen, da die in der letzten Bezirksversammlung beschlossenen besoldeten Stadträte noch best. bestätigt werden müssen und so eine Dezernatsaufteilung noch nicht möglich war.

Das Gaswerk in der Gieshiner Straße soll nach einem Beschluß der städtischen Direktion der Gaswerke und des Magistrats nunmehr stillgelegt werden. Es handelt sich um das älteste Gaswerk II, das total veraltet ist und schon vor Jahren teilweise stillgelegt werden sollte.

Mit Tabak bepflanzte Grundstücke sind dem zuständigen Hauptzollamt oder Zollamt spätestens bis zum 15. Juli d. J. mit Flur-Anmeldung anzumelden. Für Grundstücke, die erst nach diesem Zeitpunkt bepflanzt werden, hat die Anmeldung spätestens am dritten Tage nach dem Beginn der Pflanzung zu erfolgen. Vorbrude zu den Flurmeldungen werden von dem betreffenden Hauptzollamt oder Zollamt unentgeltlich verabfolgt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Gewerkschaftsbewegung

Die Folter des Zeugniszwangsverfahrens.

Böhl fast die gesamte Öffentlichkeit ist darüber einig, daß die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Redakteure dringend beseitigt werden muß, weil der Redakteur z. B. ebenso wie der Arzt sein Berufsgeheimnis wahren muß. Selber ist in der Zeit seit der politischen Umwälzung noch nichts zur Reform des Zeugniszwangsverfahrens getan worden. Es ist aber bezeichnend für den Geist, der gegenwärtig in unserer Rechtspflege herrscht, daß das Zeugniszwangsverfahren jetzt auch gegen Gewerkschaftsbeamte angewendet werden soll, um sie zu zwingen, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Vorgänge preiszugeben. Ein solches Zeugniszwangsverfahren ist gegenwärtig gegen einen Beamten des Bundes der technischen Angestellten und Beamten angewendet worden. Die genannte Organisation hatte eine Denkschrift verfaßt, in der die Neuorganisation des Vermessungswesens gefordert wurde. Die sachverständigen Ausführungen hatten zur Folge, daß ihnen nicht etwa Rechnung getragen wurde, sondern daß die an der Erhaltung der rückschrittlichen Zustände interessierten Kreise nachforschten, welche Beamten etwaiges Material für diese Denkschrift geliefert hätten. Der Verbauch richtete sich in der Hauptsache gegen einen Beamten der Landesaufnahme. Es wurde deshalb gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ein Gewerkschaftsbeamter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten als Zeuge geladen. Selbstverständlich verweigerte der Beamte jedes Zeugnis mit der Begründung, daß eine Aussage über die Herkunft der Unterlagen einen Vertrauensbruch der Organisation gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten würde. Der Verweigerung der Zeugenausgabe folgte sofort die Befristung des Zeugen mit 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tagen Haft sowie die Beurteilung zur Tragung der verursachten Kosten.

Gegen dieses Vorgehen ist selbstverständlich sofort Beschwerde eingelegt worden. Aber auch in der Öffentlichkeit muß mit allem Nachdruck gegen ein derartiges Vorgehen Protest eingelegt werden, das von einer vollkommenen Verkennung der Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten zeugt.

Achtung, Buchhandelsgestellte!

Vom Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes, Berlin W. 35, Bülowstr. 102/4, wird uns geschrieben: Der Reichsarbeitsminister hat, nachdem bereits der Tarifvertrag für den Berliner Buchhandel vom 21. Mai 1920 für allgemein verbindlich erklärt wurde, auch den am 15. Oktober 1920 durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin getätigten Antrag zu diesen Verträge für allgemein verbindlich erklärt. Alle Arbeitgeber, die nicht dem Arbeitgeberverband der Deutschen Buchhändler angehören, sind nunmehr verpflichtet, die tarifmäßigen Gehälter, rückwirkend vom 1. Dezember 1920 ab, ihren Angestellten zu zahlen, und es wäre notwendig, daß diejenigen Angestellten, die bisher eine tarifliche Entlohnung noch nicht erfahren haben, sich umgehend mit ihrer Organisation in Verbindung setzen, um so endlich zu ihrem Recht zu gelangen.

Gewerkschaftsamt Kowames. Montag, den 11. April, abends 7 1/2 Uhr, bei Sante, Sozialdemokratischer Klub. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Beamtens. für den rechte. Zell. Ex. Werner Weller, Charlottenburg: Ihr Anseigent: Dr. Weller, Berlin. Verlag: Form-Dienst-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Gewerkschafts-Verlag Berlin, Charlottenburg, Unter den Eichen 10. Berlin, Anseigent: Dr. Weller.

Gewinn-Auszug

der
17. Preuss.-Sädd. (243. Preuss.) Klassen-Lotterie
4. Klasse 1. Ziehungstag 7. April 1921

Wird jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und einer auf die zweite Abteilung I und II

Ohne Gewähr	Rückbruch vorbehalten
In der Vorzettelziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen	
1 Gewinn zu 100000 M 80100	
2 Gewinne zu 10000 M 80112 2 1848	
4 Gewinne zu 5000 M 108725 101 58	
2 „ „ „ 3000 M 215087	
2 „ „ „ 1000 M 11349 30460 106651 71923	
28 „ „ „ 500 M 84288 64481 71400 8174 87411 103717 101800	
179207 188472 104523 100940 208118 213787	
In der Normalziehung wurden Gewinne über 500 Mark gezogen	
3 Gewinne zu 50000 M 128565	
2 Gewinne zu 40000 M 11700	
2 Gewinne zu 3000 M 87451	
6 Gewinne zu 3000 M 68781 106718 106825 281781	
6 Gewinne zu 1000 M 58312 152810 212152	
24 Gewinne zu 500 M 63184 62800 93408 102878 118800 130907 134818	

Extra billig!
Porzellan-Teller mit kleinen
Fehlern, mit Goldbändern und
Linien Stück 5.95 4.25 **295**

Billige Lebensmittel

Extra billig!
2 vernick. Gasplatten **65⁰⁰**
mit Erhitze Garnier

Grosses Sonderangebot

Konfektion

- Staubmantel in dunklen Farben . . . 98⁰⁰
- Sommermantel kariert, m. mod. Faltenstellen . . . 138⁰⁰
- Seidenmantel imprägn. verschieden Farben 395⁰⁰
- Sportjacke aus Trikotgewebe, in vielen Farben 95⁰⁰
- Seidenstrickjacke ein- u. doppelfarb. gute Qual. 275⁰⁰
- Mantelkleid schw.-weisskar., m. orisio u. jede Beize m. Lackgürtel . . . 115⁰⁰
- 3atistkleid in dunklen Farben, m. Handstich- u. Knopfgarnierung . . . 49⁰⁰
- Kleiderrock brauner feiner Stoff, moderne Formen 29⁰⁰
- Oberhemdbluse Sport-Fasson gestr. Flanell 29⁵⁰
- Kimono-Bluse weicher Batist gemustert 19⁰⁰
- Morgenrock Wasch-Krepp, Elmonoform 98⁰⁰
- Wasch-Unterrock gestreift, mit Tress-Garnit. 29⁵⁰

Gelegenheitskauf

Model Kleider, ausgesucht aparte Fassons, in bester Kammgarn- und Twillware zu staunend billigen Preisen.

Kolonialwaren

- | | | | |
|----------------------------------|------|----------------------------------|------------------|
| Gebr. Kaffee 1/4 Pfund | 4.50 | Weisse Bohnen Pfund | 90 ⁰⁰ |
| Holl. Kakao 1/4 Pfund | 4.00 | Backpflaumen Pfund | 4.10 |
| Haferflocken Pfund | 2.30 | Grüne Gartenerbsen Pfund | 1.75 |
| Hafermehl Pfund | 2.40 | Riesenerbsen Pfund | 1.85 |
| Hausmachernudeln . . Pfund | 5.80 | Rein. Bienenhonig m. Glas Pfd. | 16.00 |
| Maisflocken Pfund | 2.90 | Tangerm. Marmelade 2-Pfd.-E. | 11.00 |
| Maisgriess Pfund | 2.40 | Konfit.-Marmelade m. Glas Pfd. | 3.30 |
| Voll-Reis Pfund | 2.50 | Magermilch gute, m. Zucker, Dose | 3.60 |

Konserven

- | | | | |
|-----------------------------------|-------|---------------------------------------|------|
| Erbsen u. Karotten 2-Pfd.-Dose | 6.70 | Schattenmorellen 2-Pfd.-Dose | 7.70 |
| Schnittspargel . . . 2-Pfd.-Dose | 8.50 | Pa. Apfelmus gest. 2-Pfd.-Dose | 3.85 |
| Senfgurken 2-Pfd.-Dose | 5.00 | Birnen halbe Frucht . . 2-Pfd.-Dose | 7.70 |
| Tomatenpurée 2-Pfd.-Dose | 4.00 | Sauerkirschen m. Stein 2-Pfd.-Dose | 8.40 |
| Rotkohl 2-Pfd.-Dose | 2.80 | Pflaumen 2-Pfd.-Dose | 6.60 |
| Stangenspargel ca. 50 Stang. | 10.75 | Heidelbeeren tafelfert 2-Pfd.-Dose | 9.00 |
| Junge Erbsen mittelfest | 8.00 | Pflaumen gest. 1/2 Frucht 2-Pfd.-Dose | 7.30 |
| Gem. Gemüse 2-Pfd.-Dose | 8.00 | Preißelbeeren tafelfert 2-Pfd.-Dose | 9.65 |

- | | | | |
|--|------------------|---|------------------|
| Salami Dauerware, in guten Würsten Pfund | 21 ⁰⁰ | Bockwurst Dauerware, in ganz. Würsten, Pfd. | 20 ⁰⁰ |
| Berliner Leberwurst Pfund | 14 ⁰⁰ | Schweine-Schmalz . . . Pfund | 10 ⁵⁰ |
| Margarine Pfund | 8 ⁵⁰ | Tilsiter Käse Pfund | 5 ⁹⁰ |

Grosses Sonderangebot

Wasch- u. Kleiderstoffen

- Crepon für Blusen und Kleider Mtr. 11⁹⁰
- Baumwoll-Mousseline in vielen Must. Mtr. 12⁵⁰
- Flanell für Sportblusen Mtr. 12⁵⁰
- Perkal für Oberhemden, viele Muster, 80 cm breit Mtr. 14⁵⁰
- Zephir beste Qualität, 80 cm breit Mtr. 14⁸⁵
- Mousseline für Dirndlkleider, 80 cm breit Mtr. 19⁵⁰
- Voll-Voile in weis. 110 cm breit, Mtr. 22⁵⁰
- Voile bedruckt, in hell und dunkel Mustern, 110 cm breit Mtr. 24⁵⁰
- Schleierstoffe hell u. dunkel gemustert, 80 cm breit Mtr. 19⁵⁰
- Schwarz-weiss Karo 60cm breit, Mtr. 22⁵⁰
- Popeline in reiner Wolle, 90 cm breit, mod. Farbensortiment Mtr. 39⁵⁰
- Frotté weis und farbig, 120 cm breit, Mtr. 53⁰⁰

Billige Schuhwaren

- Braune Halbschuhe kurze Formen . . . 138.00
- Braune Halbschuhe französisch. Absatz 195.00
- Braune Hochschaffstiefel 265.00
- Braune Herrentiefel 225.00
- Kindertiefel Größe 27-30 58.00
- Kindertiefel Größe 31-35 64.00

Warenhaus Wilhelm Stein Chausseestr. 70-71.

Schuh-Etage Alt-Köln

Köllnischer Fischmarkt I **1. ETAGE** zwischen Sparkasse u. Breitestr.

Schuhwaren Ia Kinderstiefel

aus unserem Engroslager mit **Schönheitsfehlern** aus **Musterkollektionen** und **Restbeständen**

Extra-Angebot:
Musterstücke, Box, Rindbox u. Roßchev.
Größe 25-36 27-29 30-35
M. 39.- 47.50 52.75

Garantie für jedes Paar

Ia Hochschaff-Damen-Lackbesatz
grau sämisch Kalbeinsatz
reg. Wert M. 350.-, jetzt **M. 138.-**

sowie andere Artikel entsprechend billig

Billig und gut
kauft man **Damen- u. Herren-Stoffe**
in **Tuchhaus M. E. Freitag**
in Berlin, Moikenmarkt 14 15
Home-puns u. Schlüpfer, die gr. Mode
Anzug- u. Covercoatstoffe von 35-200 M.

Ruhebetten
200 Mk.
gute Verarbeitung, kein Papierbeleg
Girndt, Neukölln,
Wangenerstraße 2
Tel. 2 3741/10 1308

Kaufe
laufend Leitungs-Dynamo
und Widerstandsdröhre, sowie
Jaffationsmaterial.
Elektromechanik Zentrum
Groner, Berlin, Ruyterstr. 18
Königsplatz 4782

Stiermit erfüllen wir die
traurige Pflicht, das Ab-
leben meines lieben Frau,
unserer guten Mutter, der
Frau
Elise Braunsdorf
geb. Nau
anzuklagen.
Neußeln, April 1901.
Belegstr. 13
Die trauernde Hinterblieb.:
Wilhelm Braunsdorf
und Kinder.
Die Einäscherung findet
am Sonnabend, 8. April,
nachm. 3 Uhr, im Kremator-
ium Baumshulensweg statt.

Bez.-Verb. Berlin SPD.
Reußeln, 74. Bez. 95. Wbl.
Den Genossen die
traurige Nachricht, das
unserer liebe Genossin, Frau
Elise Braunsdorf
Belegstr. 13
verstorben ist. 174/20
Bitte ihren Anbesen!
Der Vdt.-Vorstand.
Die Einäscherung erfolgt
am Sonnabend, 8. April,
nachm. 3 Uhr, im Kremato-
rium Baumshulensweg

Der billige Verkauf

Schneller Einkauf unbedingt lohnend **dauert fort** **Nur soweit Vorrat**

Der kolossale Andrang beweist unsere Leistungsfähigkeit!



Wieder eingetroffen:

- Popeline-Wollkleid offen und geschlossen zu tragen, mit neuesten Faltenrock und Lackgürtel **95⁰⁰**
- Reinwoll. Cheviot-Kostüme marrochlan, gefüttert, m. reicher Bökert-Garnierung, flotte Form **375⁰⁰**
- Fesche Frühjahrs-Mäntel aus neuesten karierten u. einfarbig-Phantastoffen mit gezogenen Rücken **145⁰⁰**
- Reinwollene Tuch-Mäntel entzückende Modelfarben mit reicher Stepperei oder Falten-Garnierung **375⁰⁰**

Neue Angebote:

- von ungekannter Preiswürdigkeit!
- Flotte Sportjacke aus covercoat-farbigen Stoffen, reiche Stepperei, Englischechrit **98⁵⁰**
- Reinw. Flausch-Sportjacke m. anspingenden Tuchhalten, in lebhaften Farben, sehr schicke, jugendliche Formen **225⁰⁰**
- Imprägniert. Seidenmantel solide Form, offen und geschlossen zu tragen, in allen Weiten vorrätig **295⁰⁰**

Imprägnierter **Regenmantel**
wasserfest, offen u. geschlossen zu tragen, in modernen Farben, sehr kleidsame Form
Sowen **139⁵⁰**
Vorra!

Lindemann & Co
Berlin - Schöneberg Hauptstr. 149.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76, Ecke Ottostraße 1

Ullstein-Schnittmuster Neue Frühjahrs-Modelle



Sämtliche Schnittmuster vorrätig

Kolossal billige Schuhpreise

- Jeder Weg lohnt sich!
- Solange die Schuhwaren-Vorräte reichen, verkaufe ich von heute ab zu riesig billigen Preisen
- Schw. Leder-Kindertiefel Größe 27-30 **68⁰⁰** Größe 31-35 **75⁰⁰**
 - Braune Leder-Kindertiefel Größe 27-35 **Mk. 125⁰⁰**
 - Schwarze Damen-Schnürstiefel mit u. ohne Lackkappe **Mk. 125⁰⁰**
 - Schwarze Herren-Rindbox-Schnürstiefel . . . **Mk. 125⁰⁰**
 - Schwarze Knaben-Schnürstiefel Größe 36-39 . . . **Mk. 105⁰⁰**
 - Braune Damen-Chevreau halbe, Schnür- und Spangenschuhe **148⁰⁰**
 - Schwarze Damen-Halbschnürschuhe mit Lackkappe **98⁵⁰**
 - Segeltuch-Kinder-Spangenschuhe m. Leder-Gr. 27-30 **17⁰⁰** Größe 31-35 **19⁵⁰**
 - Damen-Segeltuch-Spangenschuhe mit Ledersohle und hohem Absatz . **Mk. 48⁰⁰**
 - Braune Kinder-Lederspangenschuhe Größe 27-35 **Mk. 48⁰⁰**
 - Ein lila Damen-Schnürstiefel **Mk. 178⁵⁰**

und noch viele andere Schuhwaren werden billig abgegeben.
Ein jeder, der sein Geld sparen will, der besuche das
Schuhhaus Kuntze Nachf.
nur Große Frankfurter Straße 83, Ecke Marsiliusstr.